

Konkrete Hilfe

Betriebsratswahlen 2010: Betriebsräte übernehmen Patenschaften für neu gewählte Interessenvertretungen

Konkrete Schritte

DGB und TUC fordern Fahrplan für Finanztransaktionssteuer

Konkrete Seiten

Nach viel Arbeit am Detail ist der neue DGB Internet-Auftritt im Netz

Kontra ELENA

Der elektronische Entgelt-nachweis ELENA verletzt die Grundrechte von Beschäftigten



Der Surf-Tipp fürs Internet

**www.campact.de/gesundl/sn1/signer
Kopfpauschale kippen! Aufruf des globalisierungskritischen Netzwerkes attac für eine gerechte und solidarische Gesundheitsversorgung**

Hintergrund

**www.suedwind-institut.de/downloads/2010-02_SW_Schmuck-Studie.pdf
„Schmuck: Liebesbeweis, Broterwerb und Ausbeutung“: Studie des Südwind-Instituts vom Rohstoff bis zur Ladentheke.**

Kommunale Finanzen

Kommunen auf der Intensivstation

Den deutschen Kommunen drohen bis 2013 Rekorddefizite von deutlich über 40 Milliarden Euro. „Die Kommunen liegen auf der Intensivstation“, sagt Petra Roth (CDU), Frankfurter Oberbürgermeisterin und Präsidentin des Deutschen Städtetages, und fordert: „Der Verfall ihrer finanziellen Basis muss gestoppt werden. Sonst geht die Lebensqualität für die Menschen in den Städten verloren.“

Eine neu einberufene Gemeindefinanzkommission der Bundesregierung soll deshalb bis zum Herbst 2010 Vorschläge zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung erarbeiten. DGB-Bundesvorstandsmitglied Claus Matecki warnt „vor einer Interpretation dieses Arbeitsauftrages, die in Richtung Abbau von sozialen oder ökologischen Standards geht“. Zur Unterstützung der Kommunen fordert er einen Ausbau der Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzierungssteuer.

Während es um deutliche Mehreinnahmen für die Kommunen und eine Altschuldenregelung für die vielen Gemeinden mit Nothaushalten gehen müsste, senkten die

Kommunen leiden unter Steuerrückgängen

Steuerrückgänge 2008 gegenüber 2010 in ausgewählten Städten (in Prozent)



Quelle: Deutscher Städtetag

© DGB einblick 05/10

Koalitionäre die Steuern jedoch immer weiter, kritisiert Matecki. Er warnt die Bundesregierung vor einer Haltung nach dem Motto: Die Kommunen können es nicht mehr bezahlen, also reagiert der Bund mit „Flexibilisierung“, indem er die Pflicht- zur freiwilligen Aufgabe macht. „Im Zweifel fallen dann viele notwendige Leistungen ganz unter den Tisch“, so Matecki.

In Hessen haben der DGB und ver.di jetzt eine Studie vorgelegt, die sich mit der Situation der Finanzen in den hessischen Kommunen befasst. Darin zeigen die Autoren Kai Eicker-Wolf (DGB-Hessen-Thü-

Verschiedene Kommunen reagieren bereits mit drastischen Kürzungen der kommunalen Versorgung. So erhöhte Frankfurt/M. die Straßenreinigungsgebühren um knapp fünf Prozent. Die Stadt Wismar diskutiert, die Grundsteuer zu erhöhen sowie Gebühren für städtische Einrichtungen zu überarbeiten. Wolfsburg will über 11 Millionen Euro in 2010 und 2011 durch pauschale Kürzungen einsparen. In Wuppertal sollen die Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich um 1,1 Mio. Euro gekürzt, Schwimmbäder und Kultureinrichtungen geschlossen und die Elternbeiträge für Kitas und Ganztags-schulen erhöht werden.

ringen) und Achim Truger (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Düsseldorf), dass die Kommunen in Hessen seit Mitte der 1990er Jahre unter einer strukturellen Unterfinanzierung leiden. „Die aktuelle finanzielle Lage der Kommunen ist natürlich auch das Resultat der konjunkturell bedingten Einnahmerückgänge“, so Eicker-Wolf. In der Beurteilung sei aber die Steuerpolitik systematisch unterbelichtet.

Die Gewerkschaften fordern deshalb eine angemessene Steuerausstattung für die Kommunen. „Die Gewerbesteuer darf nicht abgeschafft, sondern ihr Aufkommen muss verstetigt werden“, fordert Jürgen Bothner, Vorsitzender von ver.di Hessen. Es müsse schnell im Sinne der Kommunen gehandelt werden, sonst „werden wir einen Verfall der kommunalen Infrastruktur, Leistungskürzungen, Privatisierungen und massive Gebührenerhöhungen erleben“.

plusminusBERLIN

+ Renate Künast (Grüne) kritisiert die Ankündigung der Bundesregierung, die Erkundungen in Gorleben fortzusetzen. Zum Schutz der Interessen der Atomindustrie werde auf ein Verfahren mit Bürgerbeteiligung verzichtet und die Menschen „für dumm verkauft“.

- Guido Westerwelle (FDP) will als Außenminister die deutsche Atomtechnik zum Exportschlager machen. Die Nukleartechnologie gehöre „zu den modernsten und sichersten weltweit“. Deshalb könne der Export auch mit Staatsgeldern abgesichert werden.

G 20 - Prozess

Mehr Gewicht für Afrika

Die Staaten und auch die Gewerkschaften Afrikas sollten eine größere Rolle bei der Bewältigung der globalen Krise durch die G20-Staaten einnehmen. Das hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in Johannesburg anlässlich von Gesprächen mit dem südafrikanischen Gewerkschaftsdachverband COSATU erklärt. „Die Stimme Afrikas muss im G-20-Prozess stärkeres Gewicht bekommen, dazu bedarf

es aber auch eigener Initiativen der afrikanischen Gewerkschaften“, sagte Sommer. Vom 4. bis zum 14. März besuchte der DGB-Vorsitzende Südafrika und dessen Nachbarland Simbabwe. Schwerpunkt der Gespräche in Simbabwe waren vor allem die Lage der Menschen- und Gewerkschaftsrechte und der Demokratisierungsprozess. „Der demokratische Wandel in diesem Land kann nur mit den Gewerkschaften gelingen“, so Sommer. In der Vergangenheit hatte sich Sommer mehrmals persönlich eingeschaltet, um Gewerkschafter vor Folter und Haft zu bewahren. •

Berufsbildungsbericht

Berichterstattung unzureichend

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hat die bisherige Ausbildungsberichterstattung als unzureichend kritisiert. Das geht aus seiner am 11. März – gegen die Stimmen der Arbeitgeber – beschlossenen gemeinsamen Stellungnahme zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2010 hervor, den das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vorgelegt hat. Darüber hinaus haben Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Länder jeweils eigene Stellungnahmen eingebracht.

Nach Auffassung des Ausschusses sollten die Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt, insbe-

sondere die Situation der unversorgten BewerberInnen künftig differenzierter dargestellt werden. Die Gewerkschaften fordern u.a., dass künftig Jugendliche in „Warteschleifen“ als „unversorgt“ in der Statistik geführt werden. Zudem würden bislang Jugendliche, die als „nicht ausbildungsreif“ gelten, aus der Statistik verschwinden. Der Berufsbildungsbericht wird im April nach der Verabschiedung durch das Bundeskabinett veröffentlicht. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

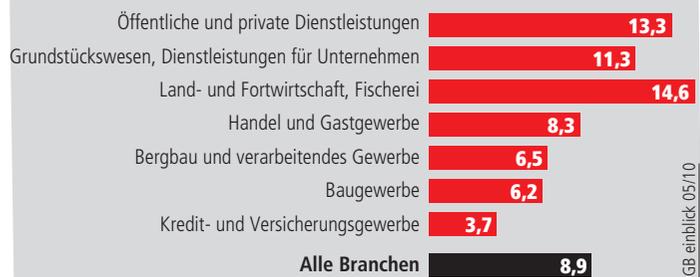
Wirtschaftsjournalismus

Studie belegt „Pfuscher am Bau“

Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz haben im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung eine Studie zum

Befristete Verträge vor allem in neueren Dienstleistungsbereichen

Anteil der befristet Beschäftigten in ausgewählten Wirtschaftsbereichen 2008 (in Prozent)



Quelle: Mikrozensus, Statistisches Bundesamt 2010

Jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag ist befristet. Das geht aus einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. „Die fatalen Folgen befristeter Beschäftigung werden politisch viel zu wenig diskutiert“, erklärte dazu DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. Sie fordert die Bundesregierung auf, die Unternehmen per Gesetz dazu zu zwingen, Befristungen stets zu begründen. 2008 waren 2,7 Millionen Menschen oder 8,9 Prozent aller Beschäftigten befristet angestellt – und damit so viele wie nie zuvor. Das zeigt der jüngste Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Besonders häufig betroffen sind jüngere ArbeitnehmerInnen, Frauen und ausländische Beschäftigte. Häufig finden sich befristete Jobs in den „neueren“ Dienstleistungssparten.

Thema „Wirtschaftsjournalismus in der Krise – Zum massenmedialen Umgang mit der Finanzmarktpolitik“ vorgelegt. Ihr Fazit: „Der tagessaktuelle deutsche Wirtschaftsjournalismus hat als Beobachter, Berichtersteller und Kommentator des Finanzmarktes und der Finanzmarktpolitik bis zum offenen Ausbruch der globalen Finanzmarktkrise schlecht gearbeitet; Pfusch am Bau nennt man das im Handwerk.“

Untersucht wurde die Berichterstattung der Finanz- und Wirtschaftsredaktionen von fünf überregionalen Tageszeitungen, der Deutschen-Press-Agentur (dpa)

und der ARD-Tagesschau im Hinblick auf ihre Aufgaben als „Frühwarnsystem“ und der „umfassenden Informationen“. „Während die fünf Tageszeitungen im Krisenverlauf Sachkompetenz und kritische Distanz aufbauen, lassen die dpa-Meldungen und die ‚Tagesschau‘ keinen nennenswerten Qualitätszuwachs erkennen. Sie bleiben journalistisch sensationell schlecht“, so die Autoren, die hoffen, mit ihrer Studie eine Debatte über Qualitätsjournalismus anzuregen. dpa hat die Ergebnisse in einer Stellungnahme angezweifelt. •

www.otto-brenner-stiftung.de

Equal Pay Day

Aktion am Brandenburger Tor

Zum dritten Mal setzt am 26. März bundesweit das Equal-Pay-Bündnis mit vielfältigen Aktionen ein Zeichen gegen die Entgeltdiskriminierung von Frauen. Der Tag markiert den Zeitraum, den Frauen hierzu-land über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssen, um auf das Vorjahresgehalt ihrer männlichen

Kollegen zu kommen. Zu den Initiatoren des Aktionstags gehört unter anderem der Deutsche Frauenrat, dem auch der DGB angehört. Die zentrale Aktion in Berlin findet am 26.3. am Brandenburger Tor (12 bis 14 Uhr) statt. •

www.equalpayday.de
www.entgeltgleichheit.de

E G B

Konjunkturpakete fortsetzen

Im Vorfeld des EU-Frühjahrgipfels am 25./26. März hat die Exekutive des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in einer gemeinsamen Erklärung die Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, nicht aus den Konjunkturpaketen auszusteigen, die

zur Bewältigung der Krise in vielen Ländern Europas gestartet wurden. Neben einem Programm für Griechenland, das die Verursacher der Krise dort in die Verantwortung nimmt und nicht einseitig zu Lasten der Beschäftigten geht, fordern die europäischen Gewerkschaften u.a. die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer sowie endlich wirksame Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

GEWERKSCHAFTEN

BETRIEBSRATSWAHLEN 2010

Betriebsräte beraten Betriebsräte

Wer, wenn nicht andere Betriebsräte, wissen genau, was zu tun ist, wenn es Probleme mit dem Arbeitgeber gibt – ob bei den Betriebsratswahlen oder im betrieblichen Alltag. Das Netzwerk „Beteiligungsorientierte Betriebsratsarbeit“ bietet anderen Betriebsräten Unterstützung an.

In manchen Betrieben stoßen Beschäftigte auf großen Widerstand, wenn sie einen Betriebsrat gründen wollen. „Es sollten Patenschaften entstehen“, empfiehlt der Autor Günter Wallraff aufgrund seiner Erfahrungen bei Recherchen in der Arbeitswelt: „Von Kollege zu Kollege, vom gewerkschaftlich organisierten Kollegen, der noch einen Job hat, zum Leiharbeiter hin – also von Mensch zu Mensch. Aber auch von Belegschaft zu Belegschaft oder von Betriebsrat zu Betriebsrat.“

Solche Patenschaften gibt es längst – so unterstützen etwa beim Discounter Schlecker Betriebsräte die KollegInnen in Filialen ohne Betriebsrat. Das Netzwerk „Beteiligungsorientierte Betriebsratsarbeit“ will die Vernetzung von Be-

triebsräten noch weiter vorantreiben. Entstanden aus einem Projekt der Initiative Trendwende haben sich die Betriebsräte von fünf Unternehmen zu diesem Netzwerk zusammengeschlossen. Sie haben alle als Pilotbetriebe im Rahmen des Trendwende-Projektes neue Formen der Beteiligung in ihren Betrieben etabliert und schwierige Themen mit ihren Belegschaften erfolgreich umgesetzt. „Dabei war der Austausch mit den anderen Betriebsräte enorm wichtig“, erklärt Thomas Raue, IBM-Betriebsrat in Hannover und einer der Koordinatoren des Netzwerkes.

Viel beachtet in den Medien: die offizielle Eröffnung der DGB-Dachkampagne am 9. März in Berlin durch Dietmar Hexel, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, den Journalisten Günter Wallraff sowie den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirkse.



Foto: Sebastian Henneke

So haben sich im Rahmen des Pilotprojektes alle beteiligten Betriebsräte auf einzelne Themen spezialisiert und geben ihre Erfahrungen und Kenntnisse an die anderen weiter. Im Rahmen der Betriebsratswahlen 2010 wollen die Netzwerker ihre Kompetenzen mit anderen teilen. Sie erhoffen sich davon in einer Art „Schneeballsystem“ eine Verbreiterung ihres Netzwerkes: „Wir wollen andere Betriebsräte unterstützen und die Gewerkschaften entlasten, erwarten aber auch neue Impulse für unser Netzwerk“, so Raue. ●

www.beteiligung.dgb.de

Betriebsräte – ein Grundrecht

„Stimmt. Betriebsräte machen den Unterschied“: Unter dem Motto der DGB-Dachkampagne zu den Betriebsratswahlen 2010 haben der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirkse, DGB-Vorstandmitglied Dietmar Hexel und der Journalist Günter Wallraff die Kampagne am 9. März in Berlin eröffnet. Vor einer Schlecker-Filiale in Berlin betonte Bsirkse: „Schlecker ist beispielhaft für Unternehmen, die auf unruhliche Weise und durch eine unsoziale Unternehmenspraxis zu Lasten und auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgefallen sind.“ Aber gerade in diesem Unternehmen hätten mu-

tige Betriebsrätinnen gezeigt, dass es auch anders geht. Mittlerweile gebe es in 170 Filialen Betriebsräte, sowie einen Gesamtbetriebsrat bei der Drogerie-Kette. Hexel rief alle ArbeitnehmerInnen auf, an den Wahlen teilzunehmen. Die DGB-Gewerkschaften hätten das Ziel, mindestens 70 Prozent aller Sitze zu besetzen. Dies gelte auch für kleine und mittlere Betriebe, insbesondere in den neuen Bundesländern.

Der Journalist Günter Wallraff kritisierte scharf, dass die Arbeit von Betriebsräten zunehmend unter Missachtung sämtlicher Arbeitnehmerrechte behindert werde. Mittlerweile gebe es Anwaltsbüros,

die sich darauf spezialisiert haben, die „Kriegsführung gegen Betriebsräte und ArbeitnehmerInnen“ zu optimieren, so Wallraff. Er betont: „Betriebsräte sind wichtig, weil sie Grundrecht repräsentieren. Das Recht sich am Arbeitsplatz für die Kollegen gestaltend einzusetzen – aber auch zum Wohl des Betriebes.“ Oft sei ein Betriebsrat ein Ombudsmann, der beide Seiten berücksichtige. Die Mehrheit der Betriebsräte wolle keinen Kampf, sondern setze sich zum Wohle und Erhalt des Betriebs ein und schütze ihre KollegInnen, die alle diesen Schutz verdient hätten, so Wallraff. ●

DGB-Kampagne: www.mitbestimmt.de

Erste Erfolge

Seit dem 1. März finden die Betriebsratswahlen statt – erste Ergebnisse aus großen Unternehmen zeigen: Die DGB-Gewerkschaften können ihre Position behaupten bzw. ihre Stimmenanteile erhöhen.

Bei Opel Rüsselsheim wurde Klaus Franz zum dritten Mal in Folge zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Die von ihm angeführte Liste „IG Metall – Wir sind Opel“ erzielte mit 86,6 Prozent der Stimmen ihr bestes Wahlergebnis seit 1945.

Ähnlich positiv sind auch die Ergebnisse an den deutschen VW-Standorten. In Wolfsburg konnte die IG Metall-Liste über 90 Prozent, in Salzgitter 95 Prozent, in Braunschweig 96 Prozent und in Kassel über 94 Prozent der WählerInnen für sich gewinnen.

Auch aus anderen Gewerkschaften gibt es erste positive Signale. So erhielt die IG BCE-Liste bei BASF in Ludwigshafen 85,6 Prozent der Stimmen.

Im Rahmen der DGB-Dachkampagne zu den Betriebsratswahlen 2010 lädt der DGB am 22./23. April zu einer Fachtagung nach Berlin ein. Ihr Thema: „Betriebsräte 2010: Wirtschaft braucht Mitbestimmung“.

Mehr Infos:

www.einblick.dgb.de

DGB-Jugendbildungsstätte

Sterne für Flecken Zechlin

Die DGB-Jugendbildungsstätte in Flecken Zechlin hat als Zeichen für gute Qualität drei Sterne im Rahmen eines Zertifizierungsverfahrens erhalten. Der stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg Christian Hoßbach hat die Auszeichnung auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) Mitte März in Empfang genommen. Das Gütesiegel wird durch das vom Bundesfamilienministerium geförderte BundesForum Kinder- und Jugendreisen e.V. vergeben und gilt für drei Jahre. •

www.einblick.dgb.de/links

Girls' Day 2010

Politik als Beruf

Bereits zum neunten Mal öffnen am 22. April Unternehmen, Hochschulen und Organisationen ihre Türen für Schülerinnen ab der 5. Klasse zum Mädchen-Zukunftstag. Auch beim DGB-Bundesvorstand haben in diesem Jahr wieder 20 Mädchen die Chance, Menschen kennen zu lernen, die „Politik zum Beruf“ gemacht haben. Im vergangenen

Im Einsatz für die Beschäftigten



Foto: E.ON Energie AG

Aufsichtsrat des Monats im März ist **Klaus Dieter Raschke**. Der gelernte Steuerfachhilfe ist unter anderem Mitglied des Konzernbetriebsrats der VEBA/e.on AG und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Preussen Elektra/e.on Kernkraft GmbH. ver.di-Mitglied Raschke setzt sich sowohl im Unternehmen als auch auf Landes- und Bundesebene in der Gewerkschaft für die Beschäftigten ein. So gehört er seit 1979 zur ver.di-Tarifkommission für Preussen Elektra und e.on. Wie er seine langjährige Erfahrung als Mitbestimmungsprofi einbringt, erklärt er im Fragebogen zur Aktion „Aufsichtsrat des Monats“ auf www.dgb.de/aufsichtsrat



Aufsichtsrat des Monats

Jahr beteiligten sich bundesweit mehr als 126 000 Mädchen und über 9000 Unternehmen und Organisationen. Der Zukunftstag startete 2001 als gemeinsame Initiative vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem DGB und der Initiative D21. Ziel ist es, dass die junge, besonders gut ausgebildete Frauengeneration ihre Berufsmöglichkeiten voll ausschöpft und sich nicht auf „typisch weibliche“ Berufsfelder beschränkt. Gerade in technischen, techniknahen und naturwissenschaftlichen Bereichen fehlt zunehmend qualifizierter Nachwuchs. Unternehmen und Organisationen, die noch Plätze anbieten wollen, können ihr Angebot zum Girls' Day online anmelden. •

www.girls-day.de

Dienstleistungspolitik

Berlin im Fokus

Berlin ist Hauptstadt und Touristenmagnet. Mehrere Millionen TouristInnen jährlich wissen das Dienstleistungsangebot der Stadt zu schätzen. Doch wie sehen die Arbeitsbedingungen aus? Prekär, schlecht bezahlt und befristet lautet in vielen Fällen die Antwort. Aus diesem Grund richten der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg und die Beratungsfirma Wert.Arbeit am 16. April in Berlin die Konferenz „Dienstleistungen – Wertschätzung und -schöpfung in der Metropolregion Berlin“ aus. Auf dem Programm stehen Analysen einzelner Branchen, Beispiele „Guter Praxis“ aus anderen europäischen Städten

und Diskussionen mit ExpertInnen aus Politik, Verbänden und Gewerkschaften. Ziel der Konferenz ist es, Impulse für eine innovative Dienstleistungspolitik in Berlin zu geben. •

www.wertarbeitgmbh.de/projekte.php?id=14



neue Bücher

Früher Netzwerker

Von der Gewerkschaftsarbeit im Zentralverband der Angestellten (ZdA) über den Widerstand gegen die Nazis und Exil bis zum gewerkschaftlichen Wiederaufbau führt **der Lebensweg von Hans Gottfurcht**. Er war einer der frühen gewerkschaftspolitischen Netzwerker auf internationalem Parkett. Reich an Details über die gewerkschaftliche Angestelltenbewegung breitet Autorin Ursula Bitzegeio eine beachtenswerte Biografie aus. So hatte Gottfurcht maßgeblichen Anteil an der Bündelung der GewerkschafterInnen im Londoner Exil während des Zweiten Weltkriegs. Seine enge Beziehung zum englischen TUC und der Labour-Party waren für den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften ab 1945 sehr hilfreich.

Ursula Bitzegeio: Über Partei- und Landesgrenzen hinaus. Hans Gottfurcht (1896–1982) und die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten, J.H.W. Dietz Verlag, Bonn, 2009, 424 Seiten, 48 Euro.

interregio

••• **IG Metall, IG BAU, IG BCE und NGG** haben gemeinsam mit dem thüringischen Wirtschafts- und Arbeitsminister und ArbeitgebervertreterInnen die „**Konzertierte Aktion Thüringen 2010**“ ins Leben gerufen. Unter dem Titel „Wirtschaft stabilisieren, Wachstumspotenziale erschließen, sozialen Zusammenhalt stärken“ sollen im Dialog von Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften Impulse für die künftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung gegeben werden. Handlungsfelder sind u.a. die Stärkung der Sozialpartnerschaft, die Tarifbindung der Unternehmen,

faire Löhne und Gehälter sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von LeiharbeiterInnen.

www.thueringen.dgb.de

••• Der **DGB Sachsen** kritisiert die **Sparpläne** der sächsischen Staatsregierung im Kinder- und Jugendbereich. Gerade in Sachsen, wo der Anteil der Jugendlichen an der Bevölkerung sinke, seien die Kürzungen und die Zerschlagung bewährter Strukturen eine soziale Katastrophe, so Iris Kloppich, Vorsitzende des DGB Sachsen. Die Investitionen in junge Menschen zu kürzen, würde nur kurzfristig zu Einsparungen führen, die spä-

ter teuer durch höhere Ausgaben bezahlt werden müssten.

www.dgb-sachsen.de

••• Der **DGB Berlin-Brandenburg** hat einen gemeinsamen **Zukunftspakt** für die Berliner Industrie mit dem Regierenden Bürgermeister, Berliner Kammern und Unternehmensverbänden geschlossen. Darin ist festgelegt, dass die Maßnahmen zur Stärkung des Industriestandortes Berlin konzentriert und intensiviert werden. Dazu gehört die Bekämpfung des Fachkräftemangels und eine Verbesserung des Standortmarketings.

www.berlin-brandenburg.dgb.de/

POLITIK AKTUELL

Europäische Finanztransaktionssteuer

Gewerkschaften fordern konkrete Schritte

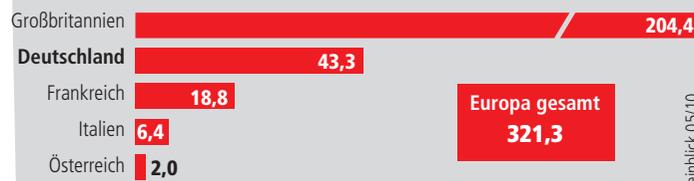
In einem gemeinsamen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel und den britischen Premierminister Gordon Brown haben der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und der Vorsitzende des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC Brendan Barber einen konkreten Fahrplan zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene gefordert.

Die Finanztransaktionssteuer kann eine zentrale Säule für eine zukünftige Finanzarchitektur sein, davon sind die Gewerkschafter überzeugt. „Mit einer Finanztransaktionssteuer würden primär kurzfristige Transaktionen verteuert mit dem Ergebnis, dass so ein Beitrag zur Stabilisierung von Aktienkursen, Rohstoffpreisen und Wechselkursen geleistet würde“, heißt es in dem Brief. Spekulationsgeschäfte würden eingedämmt und die Verursacher der Krise an den Kosten beteiligt. Die Einnahmen könnten zum Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge, zur Armutsbekämpfung und zur Bekämpfung des Klimawandels eingesetzt werden.

Mit deutlicher Mehrheit hat das Europaparlament am 10. März die EU-Kommission aufgefordert, die Einführung einer Steuer auf Finanzgeschäfte zu prüfen. Derartige Steuern könnten sicherstellen, dass der Finanzsektor einen „fairen und spür-

Steuereinnahmen in erheblichem Umfang

Hypothetische Einnahmen durch die Transaktionssteuer in ausgewählten europäischen Ländern (in Milliarden US-Dollar)*



*errechnet 2006. Ergebnis bei einem Steuersatz von 0,1% und einem mittleren Szenario betreffend den Rückgang von Transaktionsvolumen. Quelle: DGB/WIFO

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung WIFO hat errechnet, welche Einnahmen durch eine Transaktionssteuer erzielt werden könnten. Die Zahlen beinhalten sowohl kurzfristige Spekulationen und (außerbörsliche) OTC Transaktionen als auch den Ankauf von Aktien und Anleihen. Das Institut folgert, dass zwar kurzfristige Spekulationen zurückgehen würden, der Aktienmarkt insgesamt jedoch kaum nachlassen würde.

baren“ Beitrag leistet, um die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen. Damit scheinen auch die EU-Parlamentarier nicht mehr abwarten zu wollen, ob sich auf internationaler Ebene eine Finanztransaktionssteuer durchsetzen lässt.

Das sei ein Schritt in die richtige Richtung, begrüßt DGB Vorstands-

mitglied Claus Matecki die parlamentarische Initiative. Es sei nicht die Zeit auf die G20 zu warten, sondern auf europäischer Ebene ein Zeichen zu setzen und die Finanztransaktionssteuer einzuführen. Die EU könne und müsse als eigenständiger Wirtschaftsraum vorangehen. •

? ... nachgefragt



Foto: SPD

Das EU-Parlament (EP) hat am 10. März mit einer klaren Mehrheit von 536 gegen 80 Stimmen die EU-Kommission aufgefordert, Optionen zur Besteuerung von Finanztransaktionen zu prüfen. Jutta Steinruck, 47, SPD-Europaabgeordnete und Vorsitzende der DGB-Region Vorder- und Südpfalz, erläutert das Votum des EP.

Das Europaparlament (EP) fordert von der Kommission eine Studie, die die Möglichkeiten einer Besteuerung von Finanztransaktionen in der EU und durch die EU prüft. Gegen die Konservativen und Liberalen ist es uns gelungen, durchzusetzen, EUROPÄISCHE Möglichkeiten zu prüfen. Die Konservativen wollten nur einen Prüfauftrag für eine Besteuerung weltweit. Wir dürfen uns aber nicht hinter den USA oder anderen Ländern verstecken, wenn es auf der globalen Ebene keinen Fortschritt in dieser Frage gibt. Mit dem Beschluss fordert das EP allerdings noch nicht die Steuer, nur deren

Prüfung. Das EP sieht darin die Chance, die Einnahmen der Mitgliedstaaten zu erhöhen, die Verursacher der Finanzkrise zur Verantwortung zu ziehen und das Missverhältnis von realen zu spekulativen Geschäften einzuschränken. Dass es uns dieser Beschluss trotz der konservativen Mehrheiten im Parlament gelungen ist, hängt auch damit zusammen, dass im EP wesentlich sachorientierter als in den nationalen Parlamenten gearbeitet werden kann. Und wir wissen alle: Seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags hat das EP mehr Möglichkeiten, europäische Politik zu gestalten – allerdings nur, wenn die Parlamentarier an einem Strang ziehen.

Unterstützung wächst

Die Unterstützung für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer wächst weltweit. In Deutschland zeigt die Kampagne „Steuer gegen Armut“ Erfolge. So wurde ein Offener Brief an die Bundesregierung zum Start der Kampagne im Oktober 2009 bereits von 50 Organisationen unterzeichnet. Dazu gehören Gewerkschaften, das globalisierungskritische Netzwerk attac, Entwicklungs- und Umweltorganisationen, Bischöfe, Banker und WissenschaftlerInnen. Eine Petition an den Bundestag zur Steuer haben über 66 000 BürgerInnen unterstützt.

Auch in Großbritannien wird die Forderung von einem großen öffentlichen Votum getragen. Die Kampagne für eine Robin-Hood-Steuer startete am 10. Februar und wird ebenfalls von einem breiten Bündnis unterstützt.

Eine internationale Unterschriftenliste für eine Transaktionssteuer soll den Staats- und Regierungschefs der G20 im Juni in Toronto/Kanada übergeben werden.

Die Broschüre des DGB zur Finanztransaktionssteuer (einblick 03/10) bringt die Argumente für die Steuer auf den Punkt: „Es ist nicht einzusehen, warum alle Güter – auch die existenziellsten – mit einer Umsatzsteuer von bis zu 19 Prozent besteuert werden, alle Finanzprodukte aber steuerfrei gehandelt werden.“

www.steuergegenarmut.de

kurz & bündig



Die IG BAU fordert die Regierung von Simbabwe auf, freie

Gewerkschaftsarbeit zuzulassen und die Menschenrechte zu achten. Damit setzt sie sich für die Gewerkschaft der Landwirtschafts- und Plantagearbeiter in Simbabwe (GAPWUZ) ein, auf die von Sicherheitskräften massiver Druck ausgeübt wird.



Die GEW fordert eine lückenlose Aufklärung der Missbrauchsfälle von SchülerInnen durch Lehrer. Für sexuelle Übergriffe auf Kinder dürfe es keine Toleranz geben. Neben strafrechtlichen Konsequenzen sei auch eine Entschuldigung der Täter angemessen. Trotzdem dürfe nicht eine ganze Berufsgruppe an den Pranger gestellt werden.



Die GdP erklärt zum Jahrestag von Winenden, dass die

Gefahr von Amokläufen an Schulen nicht gebannt sei. Das verschärfte Waffenrecht könne aufgrund praxisferner Regelungen nicht umgesetzt werden. Darüber hinaus fehle es an Personal für die Überprüfungen. Die Amnestie für die Abgabe illegaler Waffen soll verlängert werden.



ver.di begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts

gegen die Vorratsdatenspeicherung. Dies sei ein Erfolg für Demokratie und Meinungsvielfalt in Deutschland. Bekannt gewordene Verstöße gegen den Datenschutz hätten gezeigt, dass die Datensammelwut des Staates zu Missbrauch führen könne.

Relaunch www.dgb.de

Website im neuen Look

Es ist soweit: Nach monatelangem Schrauben am Detail ist die neue Website des DGB-Bundesvorstands im Netz. Neben der Seite zu 60 Jahren DGB und dem wissenschaftlichen Online-Debattenmagazin „Gegenblende“ ist sie das neue Herzstück des Online-Auftritts des Deutschen Gewerkschaftsbundes. „Das Internet wird immer wichtiger bei der Meinungsbildung und Information der breiten Öffentlichkeit. Mit unserem neuen DGB-Internetauftritt werden wir dieser zunehmenden Bedeutung gerecht“, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Ich freue mich sehr, dass wir jetzt die inhaltlichen, gestalterischen und technischen Möglichkeiten nutzen, die das Internet bietet.“ Der neue Aufbau



der Webseite erleichtert Interessierten den Zugang zu Informationen, Hintergrundwissen sowie Positionen des DGB. Die gewerkschaftliche Arbeit und das gesellschaftspolitische Engagement werden in ansprechender Form und unter verstärktem Einsatz von Bildern, Audio und Video deutlich herausgestellt. Außerdem bietet www.dgb.de Dialogmöglichkeiten von kommentierbaren Artikeln bis zur Teilnahme an Umfragen.

Längst ist der DGB auch auf Youtube und Twitter vernetzt; der neue Webauftritt bindet die-

se Mitmachdienste und auch die sozialen Online-Netzwerke wie Facebook, StudiVZ und Delicious mit ein. Klare Schwerpunktsetzung, eine übersichtliche, ansprechende Seitenaufteilung bilden den Schwerpunkt der Konzeption. Die neue In-

ternetseite bietet zwei inhaltliche Zugänge: Im Bereich „Über uns“ sind Organisationsstruktur und Geschichte des DGB hierarchisch abgebildet. Die thematische Vielfalt ist über eine Schlagwortnavigation via Tag Cloud (Schlagwortwolke) abgebildet. Schwerpunkte, etwa zur Wirtschaftskrise, stellt die Webseite gebündelt in Dossiers dar. Im Look von www.dgb.de erfolgt in den nächsten Wochen auch der Relaunch der Websites der Region Köln-Bonn und des Bezirks Hessen-Thüringen. • www.dgb.de

DGB-Kongress 2010

Starke Arbeitnehmerrechte

Leih- und Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung und Minijobs sind auf dem Vormarsch - bewusst gefördert durch politische Entscheidungen. Die Krise hat die Bedingungen für viele Beschäftigte noch verschärft. Der Leitantrag des DGB-Bundesvorstandes zum Arbeitsrecht an den 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress im Mai beschreibt, wie die Gewerkschaften diesen negativen Entwicklungen entgegenzutreten wollen. So sollen bei der Leiharbeit Missbrauchsmöglichkeiten ausgeschlossen werden. Vor allem sei es unabdingbar, das Prinzip der Gleichbehandlung beim Entgelt und den übrigen Arbeitsbedingungen vom ersten Arbeitstag festzulegen. Der Tarifvertrag zwischen DGB-Tarifgemeinschaft und Leiharbeitgebern soll per Rechtsverordnung allgemeinverbindlich erklärt werden. Ferner sollen Betriebsräte die tarifgerechte Ein-

gruppierung überwachen. „Strohfirmen“, um Stammbeschäftigte als Leiharbeiter zu schlechteren Bedingungen anzustellen, sollen verboten werden. Um befristete Beschäftigung zu bekämpfen, wollen die Gewerkschaften Befristung auf sachliche Gründe beschränken. Verdachtskündigungen, wie im Fall

„Emmely“, sollen gesetzlich ausgeschlossen werden. Außerdem sollen Arbeitnehmerrechte bei Insolvenzen verbessert werden. Der Antrag stellt zudem klar: „Ein umfassendes transparentes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz ist überfällig.“

Vom 24. bis 26. März berät die Antragsberatungskommission des DGB über ihre Empfehlungen zu den 154 Anträgen an den DGB-Bundeskongress im Mai. •

Zeitarbeit

Tarifvertrag abgeschlossen

Die DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit und der Bundesverband Zeitarbeit (BZA) haben einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Der Abschluss hat eine Laufzeit bis Ende Oktober 2013 und sieht ab 1.7.2010 Tarifierhöhungen in vier Schritten vor. Danach steigen die Mindestentgelte im Westen von

7,38 Euro bis zum 1. November 2012 auf 8,19 Euro pro Stunde, im Osten von 6,42 Euro im gleichen Zeitraum auf 7,50 Euro. Für die weiteren Entgeltgruppen wurden prozentuale Erhöhungen vereinbart. Gleichzeitig wurden die untersten Entgelte als jeweilige Mindestlöhne festgeschrieben. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki forderte nach dem Tarifabschluss die Politik auf, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf die Zeitarbeit auszuweiten. •

ELENA

Auf Vorratsdatenspeicherung folgt Vorratsdatenspeicherung

Der elektronische Entgeltnachweis ELENA verletzt die Grundrechte der Beschäftigten und speichert unzulässig Daten auf Vorrat. ver.di-Vize Gerd Herzberg fordert deshalb: ELENA muss gestoppt werden.



Gerd Herzberg (60) ist seit 2001 stellvertretender ver.di-Vorsitzender.

ver.di lehnt die durch den so genannten elektronischen Entgeltnachweis ELENA gestartete Vorratsdatenspeicherung ab, weil es dadurch zu einer Datenspeicherung auf Vorrat kommen wird, die die rund 40 Millionen abhängig Beschäftigten hierzulande in ihren Grundrechten verletzt. **Wir unterstützen deshalb ausdrücklich die gegen ELENA eingereichte Verfassungsbeschwerde.**

Das ELENA-Konzept geht auf einen Vorschlag der Hartz-Kommission aus dem Jahr 2002 und auf Forderungen von Arbeitgeberverbänden zurück. Für das ELENA-Verfahren wurde eine elektronische Versicherungskarte als Signatur- oder Schlüsselkarte entwickelt, die für den Abruf von Verdienstbescheinigungen und Arbeitsbescheinigungen durch die jeweils zuständige öffentliche Stelle nach Ermächtigung durch den Antragsteller zur Verfügung steht.

Diese digitale Signatur soll zunächst für sechs Bescheinigungen gelten: Bundeselterngeld, Arbeitsbescheinigung nach Ende des Arbeitsverhältnisses, Nebeneinkommensbescheinigung, Bescheinigung über geringfügige Beschäftigung, Wohngeldbescheinigung und Fehlbelegungsabgabe. In Zukunft solle das System aber **auf 45 weitere Bereiche ausgeweitet werden**. Dabei ist geplant, ab 2015 auch Anträge auf Krankengeld, Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld und Rentenzahlungen in das ELENA-Verfahren einzubeziehen.

Seit Jahresanfang müssen nach dem ELENA-Verfahrensgesetz die für die Leistungen erforderlichen Daten von den Arbeitgebern automatisch an die Technische Abteilung der Deutschen Rentenversicherung, die so genannte Zentrale Speicherstelle ZSS und die Informationstechnische Servicestelle der Gesetzlichen Krankenversicherung (ITSG) übermittelt werden.

Mit Beginn des Jahres 2012 müssen dann Arbeitgeber ihren Beschäftigten keine Bescheinigungen mehr ausstellen, die die Leistungsarten der Meldungen an ELENA erfassen. Die Beschäftigten sind, wenn sie Leistungen beanspruchen, darauf angewiesen, die elektronische Signaturkarte zu beantragen. Sie werden so Teil des Systems, **ohne eine Wahl zu haben**. ver.di sieht das Hauptproblem des ELENA-Verfahrens darin, dass es sich um die Bündelung

von auf Vorrat gehaltenen Daten handelt. Die weitaus meisten davon **werden niemals benötigt**, weil die meisten Beschäftigten die entsprechenden Sozialleistungen nicht in Anspruch nehmen dürften. Wir schließen uns damit der Meinung des Bundesdatenschutzbeauftragten Peter Schaar an, der das Missverhältnis zwischen umfassender Speicherung und punktueller Nutzung für verfassungsrechtlich bedenklich hält. Die Größe dieser neuen Datenbank stellt auch aus ver.di-Sicht ein verfassungsrechtliches Problem dar.

Schon 1983 im Volkszählungsurteil hat das Bundesverfassungsgericht die **Gefahren für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung** in den technischen Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung gesehen. Diese Auffassung hat es Anfang März in seiner Entscheidung zur Vorratsdatenspeicherung mit Hilfe von Telekommunikationsverkehrsdaten ergänzt und fortgesetzt. Die damals schon festgestellte unzulässige Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts erscheint im Vergleich zu ELENA gerade zu unbedeutend. Der heute geschaffene Datenpool ist eine gut geeignete **Grundlage für einen gläsernen Menschen der Zukunft**, über den jeder jederzeit alles erfahren kann.

Hinzu kommt, dass die Signaturkarte den Betroffenen nicht einmal die technische Hoheit über ihre eigenen Daten gibt. Denn die liegt letztlich bei den Sozialbehörden, die auf die verschlüsselt abgelegten Daten zugreifen können. Damit löst der mit ELENA geschaffene zentrale Datenpool mit hochdifferenzierten und sensiblen Angaben der gesamten abhängig beschäftigten Bevölkerung in Deutschland zwangsläufig **Begehrlichkeiten bei den unterschiedlichsten Bedarfsträgern** aus.

Bei einer durch das Bundeswirtschaftsministerium bereits angekündigten Ausweitung der Datenspeicherung auf das gesamte Sozialrecht werden diese **Gefahren ins Unerträgliche ausgeweitet**. Deshalb fordert ver.di von der Bundesregierung: Stoppt diese Form der Vorratsdatenspeicherung und Grundrechtsverletzung abhängig Beschäftigter – ELENA darf nicht fortgeführt werden! •

Beschwerde beim Verfassungsgericht

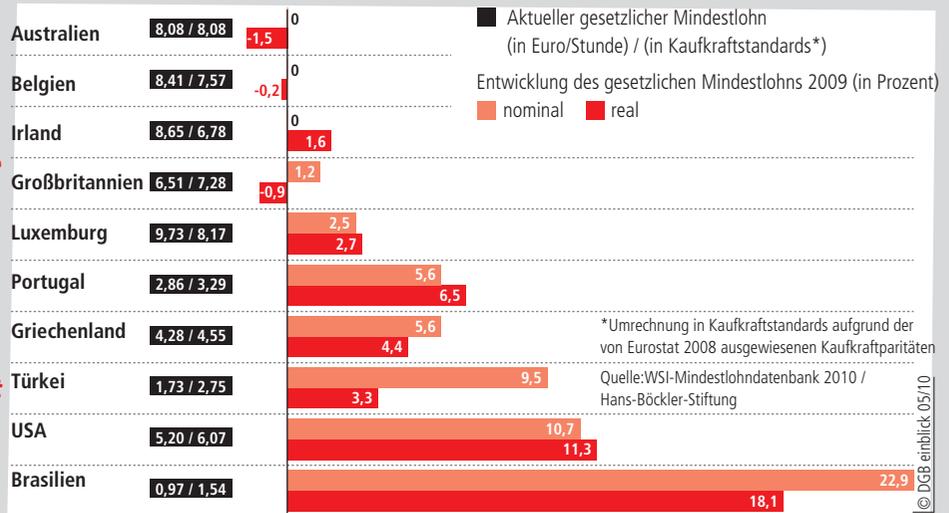
Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende, hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung zum Anlass genommen, ein umfassendes Arbeitnehmerschutzgesetz und Konsequenzen im Hinblick auf ELENA zu fordern. „Das Bundesverfassungsgericht spricht davon, dass eine anlasslose Speicherung ein ‚diffus bedrohliches Gefühl des beobachtet seins‘ hervorrufen kann, das eine unbefangene Wahrnehmung der Grundrechte beeinträchtigt. Diese Überlegungen sollte die Bundesregierung bei der angekündigten Überarbeitung des elektronischen Entgeltnachweises ELENA unbedingt berücksichtigen“, so Sehrbrock.

Der Verein FoeBud e.V. aus Bielefeld will ELENA ganz kippen, bereits gesammelte Arbeitnehmerdaten sollen gelöscht werden. Der Verein, der sich für Bürgerrechte und Datenschutz engagiert, will mit einer Verfassungsbeschwerde dafür sorgen, dass dem Datenschutz Genüge getan wird. FoeBud ruft alle Betroffenen, also alle ArbeitnehmerInnen, auf, sich an der Massenklage gegen ELENA zu beteiligen. Noch bis zum 25. März kann man sich per Internet der Klage anschließen, bis Ende des Monats muss die Beschwerde in Karlsruhe sein.

www.foebud.org

MINDESTLÖHNE: Instrumente gegen die Krise

Aufgrund der Krise sind die Mindestlöhne in vielen Ländern Europas 2009 geringer gestiegen als zuvor. Das geht aus dem WSI-Mindestlohnbericht 2010 hervor. Dabei stärken Mindestlöhne die Binnennachfrage und wirken deflationären Tendenzen entgegen, meint die Internationale Arbeitsorganisation ILO. Bestes Beispiel: Brasilien. Dort ist der Mindestlohn in zwei Schritten um insgesamt 23 Prozent auf 0,97 Euro erhöht worden – mit positiven Auswirkungen auf die Entwicklung von Reallohn und Kaufkraft. www.einblick.dgb.dellinks



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

23.3. DGB, Diskussion „Eine Arbeitswelt für alle. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Arbeitsleben“, Berlin

23.3. IG BCE, Diskussion „Islamkritik oder antimuslimischer Rassismus“, Hannover

25.3. DGB-Saar, Veranstaltung „Gleiche Bezahlung für Frauen – ein weiter Weg!“, Saarbrücken

26.3. DGB u.a., Aktionstag „Equal Pay Day“

26.3. IG BCE, Konferenz „Fair p(l)ay - Spielregeln für die Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt“, Hannover

27./28.3. DGB-Jugend u.a., Aktion „Gemeinsam werden wir die Nazis stoppen“, Duisburg

4.4. DGB-Frauen Bayern, Tagung „Der neue bayerische Sozialbericht“, Rosenheim

personalien

••• Dipl.-Betriebswirt **Reinhold Petermann**, 56, und Dipl.-Kaufmann **Achim Albrecht**, 42, haben gemeinsam die Geschäftsführung der Berufsbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw) und ihrer Tochtergesellschaften übernommen. Sie treten damit die Nachfolge von **Edgar Schramm**, 65, an, der nach 32 Jahren als Geschäftsführer in den Ruhestand verabschiedet wurde. Petermann ist bereits seit zwölf Jah-

ren als Prokurist im Unternehmen tätig, Albrecht war in den letzten elf Jahren Geschäftsführer einer überregionalen Bildungseinrichtung.

••• **Hanns Brauser**, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung metropoluhr GmbH, ist Anfang März nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 62 Jahren verstorben. Von 1975 bis 1990 war Brauser in verschiedenen Funktionen für den DGB-Bundesvorstand tätig, unter anderem als DGB-Bundesjugendsekretär, als Geschäftsführer des DGB-Bildungswerkes und zuletzt als Vorstandssekretär des damaligen DGB-Vorsitzenden Hans-Werner Meyer. 1990 wechselte der Sozialdemokrat in die nordrhein-westfälische Landespolitik. Auch als Abteilungsleiter

Anstecken, Flagge zeigen, Betriebsrat wählen: „Betriebsratsverseucht, Und das ist gut so!“
Den Aufkleber zum Unwort des Jahres gibt es jetzt auch als Button. Erhältlich ist er mit 25 bzw. 32 mm Durchmesser. Der Einzelpreis pro Button beträgt 1,80 Euro plus Versandkosten. Für größere Bestellmengen gibt es eine Rabattstaffel. www.br-verseucht.de

in verschiedenen Ministerien und der NRW-Staatskanzlei blieb er den Gewerkschaften verbunden. „Hanns Brauser war ein engagierter Gewerkschafter, der sich mit Weitblick und konkreter Fantasie für die Kolleginnen und Kollegen engagiert hat“, würdigte ihn Klaus Beck, DGB-Bundesvorstandssekretär, der lange Jahre mit Brauser zusammengearbeitet hat.

Schlusspunkt.

„Wir müssen aufpassen, dass die Demokratie insgesamt nicht Schaden nimmt durch solche Vorwürfe, die da konstruiert werden.“

FDP-Generalsekretär **Christian Lindner** am 12. März im „ZDF-Morgenmagazin“ zu kritischen Berichten über die Reisebegleiter von Außenminister **Guido Westerwelle** (FDP)

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB

Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke
Redaktion: Anne Graef (verantwortl.), Udo Böhlefeld, Haidy Damm, Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Lena Clausen, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Gesetzliche Krankenversicherung

Keine Behandlung in Privatklinik

Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung haben grundsätzlich keinen Anspruch auf Behandlung in einer Privatklinik. Der Anspruch der Versicherten auf Behandlung beschränkt sich grundsätzlich auf zugelassene Ärzte und Krankenhäuser. Ein Anspruch auf stationäre Behandlung in einer Privatklinik besteht auch dann nicht, wenn der behandelnde Arzt zur ambulanten vertragsärztlichen Versorgung zugelassen ist.

**Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Beschluss vom 7. Mai 2009 - L 5 KR 168/08**

Witwenrente

Nur nach rechtlich anerkannter Ehe

Eine Eheschließung nach buddhistischem Zen-Ritus begründet keinen Anspruch auf Witwenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Witwe im Sinne des Gesetzes kann nur sein, wer mit dem Versicherten in einer gültigen, vor einem Standesbeamten geschlossenen Ehe gelebt hat. Eine Eheschließung nach buddhistischem Zen-Ritus ist dem nicht gleichzustellen.

**Sozialgericht Mainz,
Urteil vom 3. September 2009 - S 1 R 546/07**

Hartz IV

Abwrackprämie ist kein Einkommen

Bei der Berechnung von Hartz-IV-Leistungen ist die Abwrackprämie nicht als Einkommen anzurechnen.

Die Abwrackprämie übersteigt zwar das Siebenfache der Hartz-IV-Regelleistung. Sie steht aber dem Leistungsempfänger nicht tatsächlich zur Verfügung und kann daher nicht für den privaten Konsum ausgegeben werden. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und damit eine Verringerung des Hilfebedarfs treten deshalb nicht ein. Außerdem würde eine Anrechnung den Förderzweck der Abwrackprämie vereiteln.

**Hessisches Landessozialgericht,
Beschluss vom 15. Januar 2010 - L 6 AS 515/09 B ER**

Arbeitsgelegenheit

Konfessionslos – Ablehnung grundlos

Die Sorge, wegen Konfessionslosigkeit keine Aussicht auf eine Festanstellung zu erhalten, stellt keinen wichtigen Grund dar, eine in einer konfessionsgebundenen Einrichtung angebotene Arbeitsgelegenheit abzulehnen.

**Sozialgericht Koblenz,
Urteil vom 20. Mai 2009 - S 2 AS 702/07**

Hartz IV

Bei höheren Wohnkosten Belehrung nötig

Eine Familie, die Arbeitslosengeld II bezieht, muss vom Grundsicherungsträger erneut über die Unangemessenheit ihrer Unterkunftskosten belehrt werden, wenn sich ihr Wohnbedarf durch die Geburt eines Kindes erhöht hat.

**Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Beschluss vom 1. September 2009 - 6 TaBV 18/09**

Sehbehinderte

Kasse hat Einkaufsfuchs zu zahlen

Ein Barcode-Lesegerät mit digitaler Sprachausgabe (sog. Einkaufsfuchs), der es einer erblindeten Versicherten ermöglicht, die hauswirtschaftliche Versorgung des eigenen Haushalts einschließlich des Einkaufens weitgehend selbständig auszuführen, ist ein Hilfsmittel im Sinne des Gesetzes.

Der Fall: Die mit ihrem Ehemann zusammen wohnende blinde Frau ist mit einem Blindenlangstock und einem Blindenvorlesegerät mit Braillezeile und Farberkennungssystem versorgt. Ihre Augenärztin hatte ihr den Einkaufsfuchs verordnet, mit dem ein Blinder oder Sehbehinderter selbstständig Einkäufe tätigen und bei der häuslichen Vorratshaltung erkennen kann, welche Lebensmittel zum Verbrauch anstehen. Die zuständige gesetzliche Krankenversicherung lehnte die Kostenübernahme ab, der Einkaufsfuchs helfe der Frau nur in besonderen Lebenssituationen, ihre Sehfähigkeit zu ersetzen. Die Kosten von etwa 2.500,- Euro stünden nicht in einem angemessenen Verhältnis zum Nutzen. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die blinde Frau hat einen Anspruch auf den Einkaufsfuchs. Die Versorgung des eigenen Haushalts einschließlich des Einkaufens gehört zu den Grundbedürfnissen und das Hilfsmittel dient der Wahrnehmung dieses Grundbedürfnisses. Da der Einkaufsfuchs es der Frau erst ermöglicht, selbstständig einzukaufen bzw. sich im eigenen Haushalt zu orientieren, hat die gesetzliche Krankenversicherung die erforderlichen Kosten zu tragen.

**Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 11. November 2009 - L 4 KR 17/08**

Hartz IV

Nach Suizidversuch neue Wohneinrichtung

Die ARGE muss einem Hartz-IV-Empfänger, der seine Wohnung aufgelöst und die Einrichtung entsorgt hat, nach einem gescheiterten Selbstmordversuch einen Zuschuss für eine neue Einrichtung zahlen.

Der Fall: Der Hartz-IV-Empfänger unternahm einen Selbstmordversuch. Zuvor hatte er seine Wohnungseinrichtung entsorgt. Er war der Auffassung, dass diese Gegenstände nach seinem Tod von niemandem zu gebrauchen seien. Nach dem gescheiterten Suizid wurde der Mann zunächst stationär behandelt. Sodann stellte er bei der ARGE einen Antrag auf Wohnungserstaussstattung. Diese gewährte ihm ein Darlehen zur Anschaffung von Einrichtungsgegenständen. Der Mann war jedoch der Auffassung, dass ihm ein Zuschuss zustehe.

Das Sozialgericht: Da die Wohnung des Mannes im Zeitpunkt der Antragstellung nicht mit entsprechenden Einrichtungsgegenständen ausgestattet war, bestand hat ein Bedarf für eine Erstaussattung. Unerheblich ist insoweit, ob ihn an dem Verlust der ursprünglich vorhandenen Einrichtungsgegenstände ein Verschulden trifft. Ein Ausschluss des Anspruchs auf Erstaussattung kommt nur dann in Betracht, wenn ein Betroffener ohne wichtigen Grund vorsätzlich oder grob fahrlässig die Voraussetzungen für seine Hilfebedürftigkeit selbst herbeigeführt hat. Vorliegend hat jedoch ein wichtiger Grund bestanden, weil der Arbeitslose sein Leben habe beenden wollen. Im Übrigen hat er damit nicht eigene Hilfebedürftigkeit herbeiführen, sondern dem Nachmieter eine geräumte Wohnung hinterlassen wollen. Die Bewilligung nur eines Darlehns zur Anschaffung der Einrichtungsgegenstände ist daher nicht gerechtfertigt.

**Sozialgericht Düsseldorf,
Gerichtsbescheid vom 6. November 2009 - S 35 AS 206/07**